

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Probleme der politischen Integration der Deutschen 1867 bis 1945

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1985) : Probleme der politischen Integration der Deutschen 1867 bis 1945, In: Otto Büsch, James J. Sheehan (Ed.): Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart: Beiträge zu einer internationalen Konferenz in Berlin (West) vom 16. bis 18. Juni 1983, ISBN 3-7678-0651-7, Colloquium Verlag, Berlin, pp. 118-136

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112296>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Probleme der politischen Integration der Deutschen 1867 bis 1945

JÜRGEN KOCKA
Bielefeld

I

Fragestellung

James Sheehan hat in einem anregenden Artikel* dazu aufgefordert, die Geschichte der Deutschen aus ihrer kleindeutsch-nationalstaatlichen Verengung zu befreien. Wenn im folgenden trotzdem vor allem über die politische Integration der Deutschen im Deutschen Reiche gesprochen wird, so mindestens aus zwei Gründen:

Erstens scheint Sheehans Vorschlag eher für die Zeit vor 1870 gedacht als für die Zeit seitdem. Denn zwischen 1870 und heute ist die Geschichte der deutschen Nation, wie immer man sie definiert, stark und zunehmend durch Erfahrungen geprägt, die mit ihrer Verstaatlichung in verschiedenen Staaten zu tun haben. Leicht hätte überdies eine Geschichte der Deutschen, die den Zeitraum 1870 bis 1945 behandelt und über Nationalstaatsgrenzen hinweg eine deutsche Kulturnation oder eine deutsche Sprachgemeinschaft zu ihrem Gegenstand machte, großdeutsche Implikationen, über deren Wünschbarkeit noch nachzudenken bleibt. Überdies: Wie würde man den Gegenstand einer solchen überstaatlichen Geschichte der Deutschen abgrenzen? Wer würde dazugehören und wer nicht: die Deutsch-Österreicher sicherlich, aber auch die Deutsch-Schweizer? — die Sudetendeutschen zweifellos, aber auch die Deutsch-Amerikaner?

* Literaturhinweise siehe am Schluß dieses Beitrages in einer kommentierenden Auswahlbibliographie.

Zweitens sollte man bedenken, daß die Aktualität des Generalthemas (»Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte«), unter dem auch die Ausführungen des folgenden Beitrages stehen, mit einer wiederbelebten politisch-publizistischen Diskussion über Nation, nationale Einheit und manchmal auch Wiedervereinigung zusammenhängt. In dieser Diskussion schwingt meist weiterhin der deutsche Nationalstaat kleindeutscher Prägung — in welchen Grenzen auch immer — als Maßstab und Perspektive mit. Wenn man als Historiker zu dieser Diskussion indirekt beitragen will, kann es weiterhin sinnvoll sein, über diesen Nationalstaat zu sprechen, ohne die nicht im Reich lebenden Deutschen ganz aus dem Auge zu verlieren.

Das Deutsche Reich von 1871 ist oft als unvollendeter Nationalstaat bezeichnet worden. Ohne daß die ganze Problematik, die hinter dieser Sprechweise liegt, jetzt aufgenommen werden könnte, möchte ich dem Satz für die Zeit unmittelbar nach der Reichsgründung zustimmen. Dieses Reich wies eine Reihe gravierender Unvollkommenheiten auf; man kann auch sagen: seine nationalstaatliche Integration wies eine Reihe von ins Gewicht fallenden Grenzen auf, die aus der Art seiner Entstehung resultierten. Vier davon sollen knapp aufgezählt werden:

1. Das Reich entstand als Zusammenfassung vorher existierender Einzelstaaten, die den inneren Staatsbildungsprozeß bereits vor ihrer Zusammenfassung weit vorangetrieben hatten. Damit hing zusammen, daß das Reich als Verwaltungseinheit Anfang der 70er Jahre so gut wie nicht existierte. Aber Verwaltung ist der Alltag der Politik. In Beziehung darauf war das Reich zunächst mehr eine gut vorbereitete Möglichkeit, aber noch kaum Realität.

2. Weite Kreise der Bevölkerung waren Anfang der 70er Jahre noch nicht in den reichsdeutschen Nationalstaat einbezogen. Was ihr tägliches Leben und ihr Selbstverständnis betraf, befanden sie sich noch weitgehend außerhalb, nicht weil sie entschieden gegen den neuen Nationalstaat eingestellt gewesen wären, sondern weil er für sie relativ unwichtig war, relativ zu ihrer Familie, ihrem Dorf, ihrer Gemeinde, ihrem Pfarrer, ihrer Region. Vorpolitische, kleinräumige, lokale, regionale, einzelstaatliche Identifikationen und Lebenswelten dominierten — trotz der verbindenden Erfahrung des kriegerischen Einigungsprozesses. Natürlich traf dies für verschiedene soziale Schichten in verschiedenem Maße zu: für die Unterschichten am meisten, aber auch für viele Adlige, manche Beamte und zahlreiche Bürger der »home towns« (Mack Walker).

3. Aus der vornationalen Machtstaatspolitik Preußens einerseits und dem kleindeutsch-preußischen Charakter der Reichsbildung andererseits

resultierte, daß in erheblichem Umfang nicht-deutsche Nationalitäten zum »deutschen Volk« im Sinne der Reichsverfassung von 1871 gehörten — im Osten, im Norden und im Westen —, während andererseits Millionen von Deutschen außerhalb des neuen Reiches lebten — eine Inkongruenz von Sprach- und Kulturnation einerseits, Staatsnation andererseits, die dem Nationalstaatsprinzip nicht recht entsprach.

4. Es gab im Reich große, bedeutende Minderheiten deutscher Nationalität, die dem deutschen Nationalstaat ablehnend gegenüberstanden: neben anderen vor allem das katholische Deutschland und die politische Linke, das heißt: viele Demokraten und die entstehende Arbeiterbewegung. Die Spannung des neuen Nationalstaats mit dem Katholizismus resultierte aus dem konfessionell gemischten Charakter der deutschen Nation vor der Reichsgründung, aus der preußisch-protestantischen Prägung des neuen Reiches und aus dem fundamentalen Gegensatz zwischen Nationalstaat und vornationaler, übernationaler Kirche, die es beide auf die Seelen der Menschen abgesehen hatten, aber auf extrem verschiedenen Geltungsgrundlagen ruhten. Der Gegensatz zur Linken, speziell zur Arbeiterbewegung, resultierte nicht primär aus deren Internationalismus — mit dem war es nicht weit her —, sondern aus Eigenarten des deutschen Nationalstaatsgedankens und wiederum aus der spezifischen Art dieser Reichsgründung: Diese war »von oben« durchgesetzt worden, nicht gegen die alten Gewalten, sondern teilweise unter deren Regie, und vor allem zeitgleich mit der Entscheidung in der Verfassungsfrage und zeitgleich mit der Entstehung der Arbeiterbewegung.

Wie erging es diesen vier Begrenzungen der nationalstaatlichen Integration in den folgenden Jahrzehnten? Wurden sie vertieft und verschärft oder zurückgedrängt und relativiert? Machte die politische Integration des Deutschen Reiches Fortschritte? Blicken wir zunächst und vor allem auf das Kaiserreich.

II

Behördenausbau und innere Staatsbildung

Zweifellos war ein staatlicher Behördenausbau und Funktionszuwachs auf Reichsebene durch die Entscheidung von 1870/71 und die Verfassung vorgezeichnet. Einmal auf die Spur gesetzt, entwickelte der Nationalstaat seine eigene Dynamik. Es kam denn auch sofort zur Einrichtung neuer Reichsämter. Es entstand das Reichseisenbahnamt, das Reichspostamt,

das Reichsjustizamt, das Statistische Reichsammt, das Reichsschatzamt, vor allem auch das Reichsammt des Innern, das 1880 aus der Reichskanzlei aus-
schied.

Ein zweiter Antrieb kam hinzu. Der Behördenausbau und die Vermehrung der staatlichen Funktionen auf Reichsebene machten in den folgenden Jahren die bedeutendsten Fortschritte auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Wissenschaftsförderung und bei der Regelung der Kolonial-, Marine- und Außenwirtschaftspolitik. Man denke zum Beispiel an die zollpolitische Grundsatzentscheidung Ende der 70er Jahre, die zum Abbau der konservativen Skepsis gegenüber dem neuen Reich kräftig beitrug; an das Sozialistengesetz 1878; vor allem an die Sozialversicherung der 80er Jahre, die 1913 mehr als 20 000 Beamte und Angestellte beschäftigte; an die Gründung von Forschungsinstituten seit den 1880er Jahren, an die Verselbständigung des Reichskolonialamts (1907) wie auch an die wirtschaftspolitischen Abteilungen im Reichsinnenamt, nach deren organisatorischer Verselbständigung allerdings schon Bismarck vergeblich gestrebt hatte. Ganz offensichtlich kam der inneren Staatsbildung auf Reichsebene zugute, daß sie relativ zur Chronologie der Industrialisierung erst in dieser Phase stattfand, das heißt: nicht in vorindustrieller Zeit und auch nicht in der wirtschaftsliberalen ersten Industrialisierungsphase. Vielmehr fiel sie mit der zweiten Phase der Industrialisierung ab 1873 zusammen, in der wirtschaftliche Wachstumsstörungen, soziale Spannungen und Koordinationsbedürfnisse anderer Art zu interventionsstaatlichen Eingriffen drängten und den allmählichen Übergang von einer beschränkten Ordnungs- zu einer sich ausdehnenden Leistungsverwaltung bedingten. Es scheint, daß diese frühen interventionsstaatlichen Tendenzen sich vor allem als Zugewinn auf der Zentralebene niederschlugen. Einer Nationalstaatsbildung in vorindustrieller Zeit hätte dieses Vehikel nicht zur Verfügung gestanden. Das bedeutet allerdings auch, daß der staatliche Behörden- und Aufgabenausbau im Reich seit den 70er Jahren in engster Verknüpfung mit ökonomischen und sozialen Tagesfragen stand, gewissermaßen ständig mit ökonomischen und sozialen Nahkämpfen konfrontiert war, von daher besonders leicht der Kritik verschiedener sozialer Gruppen ausgesetzt sein mußte und schnell überfordert sein konnte, allerdings auch das Bewußtsein der Menschen besonders tief prägte. Wahrscheinlich war dies ein Grund für den tiefen Eindruck, den dieser nur so kurz bestehende Nationalstaat im Bewußtsein der Deutschen hinterließ. Dieser moderne Verstaatlichungsprozeß unterstrich und vermehrte das, was die Reichsdeutschen von den Deutschen außerhalb des Reiches unterschied.

Der Aufstieg des Interventionsstaats führte nicht nur zum Ausbau der staatlichen Bürokratie im Reich, sondern auch zu Einflußgewinnen für den Reichstag. Dessen entscheidende Mitwirkung an der Sozialversicherungsgesetzgebung wäre ein Beispiel. So begrenzt der Einfluß des Reichstags auf die »große Politik« in diesem föderalistischen, vorparlamentarischen System war und so falsch mir die Rede von einer stillen Parlamentarisierung vor 1914 erscheint, so wichtig war diese Institution für die Vermittlung einzelner Interessen hinein in die gesamtstaatliche Willensbildung, und zwar um so mehr, je stärker sich diese mit der Regelung ökonomischer und sozialer Prozesse befaßte. Der nach allgemeinem Männer-Wahlrecht zusammengesetzte Reichstag diente überdies als zentrale Bühne für Regierung und Parteien zur Einwirkung auf eine reichsweite Öffentlichkeit. Von dieser Bühne gingen wichtige Anstöße aus, die Parteien und die großen Interessenverbände reichsweit auszubauen und schrittweise zu zentralisieren.

Schließlich ist wohl unbestreitbar, daß die von Bismarck bis zu Hindenburg und Ludendorff immer wieder auftretenden plebiszitär-demagogischen Politikansätze — ein Drittes neben Behördenausbau und Parlamenteinfluß — ebenfalls reichsweit auftraten und insofern zur Nationalisierung der Politik beitrugen.

Insgesamt wird man sagen dürfen, daß der Ausbau staatlicher Institutionen und Funktionen seit den 70er Jahren rasche Fortschritte machte und zu einer allmählichen Gewichtverschiebung von der lokalen, regionalen und einzelstaatlichen Ebene auf die nationalstaatliche führte. Diese Grenze nationalstaatlicher Integration trat also allmählich zurück, wenn natürlich, schon angesichts der föderalistischen Verfassungsstruktur, nur tendenziell.

III

Mobilisierung und Entregionalisierung

Fragt man nun im nächsten Schritt, ob sich politische Integration auch mit Bezug auf die lokalistischen, regionalistischen, partikularistischen und zum Teil vorpolitischen Identifikationen und Lebensweisen der Bevölkerung durchsetzte, so ist zwischen drei Bedeutungsebenen im Begriff »politische Integration« zu unterscheiden, zwischen »Einbeziehung«, »Homogenisierung« und »Konsensstiftung«.

Integration im Sinne von Einbeziehung meint einen Prozeß, im Laufe dessen Nation und Nationalstaat für die in ihm Lebenden bedeutsam und

wichtig werden, im Laufe dessen sie mit dem Staat und mit den anderen in ihm lebenden Menschen etwas zu tun bekommen — negativ oder positiv. Es geht um Kommunikationsherstellung, Mobilisierung und Politisierung auf nationalstaatlicher Ebene.

Integration heißt zum anderen soviel wie Reduzierung und Abbau von Unterschieden, Reduktion von Heterogenität, Homogenisierung von einerseits regionalen Differenzen, andererseits von Unterschieden zwischen sozialen Schichten, Gruppen und Klassen.

Schließlich wird bei »Integration« oft »Konfliktreduzierung« assoziiert. Integration in diesem Sinn führt zum Ausgleich von Spannungen, zur Entschärfung von Konflikten, zum Konsens.

Diese drei Dimensionen politischer Integration laufen nicht notwendig Hand in Hand. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Integration im Sinne von Einbeziehung, Mobilisierung und Politisierung bis dahin kaum einbezogener, vor allem kleinbürgerlicher und unterer Schichten in Stadt und Land im Kaiserreich bedeutende Fortschritte machte. Das zeigt sich am deutlichsten an der steigenden Wahlbeteiligung. Den Reichstag von 1871 wählten nur 51% der dazu Wahlberechtigten, den von 1912 dagegen 84%. Ein sprunghafter, nicht mehr revidierter Anstieg der Wahlbeteiligung ist vor allem in den späten 80er Jahren zu verzeichnen. Seitdem kam es überdies zur Gründung von reichsweit ausgedehnten, massenpolitisch wirksamen Interessenverbänden neuen Typs. Schlagkräftig, durchorganisiert, von Berufspolitikern geleitet, widmeten sie sich der Agitation und der Öffentlichkeitsbearbeitung mit ganz anderer Intensität, als es die älteren Verbände noch von der Art des Centralverbands Deutscher Industrieller getan hatten. Zu denken ist vor allem an den Bund der Landwirte von 1893 (mit bald über 300 000 Mitgliedern), den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband vom selben Jahr und die seit 1887 entstehenden nationalen Kampf- und Agitationsverbände, die Deutsche Kolonialgesellschaft von 1887, den Alldeutschen Verband (1891), den Deutschen Ostmarkenverein (1894), den Deutschen Flottenverein von 1898 und andere. Vor allem seit 1890 kam es andererseits zum Ausbau der Gewerkschaften als Massenorganisationen und zu immer neuen Stimmgewinnen der SPD, zum Teil auf Kosten der Liberalen und des Zentrums, zum großen Teil durch Mobilisierung bisher wahlenthaltamer Schichten. Ungleichmäßig und zunächst sehr unvollkommen, aber unübersehbar, veränderten sich die Parteien von Typus der lokal fragmentierten Honoratioren- zur immer stärker zentralisierten Massenpartei. Am wenigsten gelang das den Liberalen. Die SPD war das Modell. Die Konservativen imitierten es mit Hilfe des Bundes der Landwirte und veränderten sich damit,

indem sie populistische, extrem nationalistische und manchmal auch antisemitische Elemente in sich aufnahmen. Dem Zentrum gelang massenhafte Mobilisierung im Grunde am frühesten, und zwar im Kulturkampf der 70er Jahre, wenn auch begrenzt auf den katholischen Bevölkerungsteil und seit den 1880er Jahren trotz des »Volksvereins« ein wenig rückläufig.

Es müßte möglich sein, diese Prozesse überlokaler und überregionaler Mobilisierung auch an anderen Symptomen zu verdeutlichen: an der Zunahme und Verbreitung einschlägigen Schrifttums in einer Zeit, in der die Analphabetenrate gegen Null tendierte; an den steigenden Zahlen von Teilnehmern an nationalen Aufmärschen und Festen, zunehmend organisiert; an der Zunahme überregionaler und überlokaler Nation-bezogener Inhalte im öffentlichen Bildungswesen, vor allem in den Volksschulen, die für mehr als 90% der Heranwachsenden die einzige Schulerfahrung darstellten. Daß selbst in den katholischen Teilen Bayerns nach 1870 die Pflege deutsch-nationaler Ideale und Sichtweisen im Volksschulunterricht an die Seite der einzelstaatlichen Traditionspflege und der Erziehung zur Heimatliebe trat, hat kürzlich Werner Blessing gezeigt: der Kaiserkult trat neben das Königslob, der Krieg von »70/71« wurde als heilige Feuertaufe der Nation stilisiert, nationalliberale Schullehrer setzten sich durch. Erst recht galt das für den Geschichtsunterricht, der 1872 in Preußen obligatorisch wurde.

Vermutlich wurden im Zuge dieser Einbeziehungsprozesse die regionalen und lokalen Differenzierungen ein Stück weit abgeschliffen. Zwar ist bekannt, daß die regionale Ungleichheit, soweit sie an Einkommen und Vermögen, Industrialisierungsgrad, Ärztedichte und dergleichen gemessen wird, bis 1914 nicht abnahm, vielmehr vielleicht sogar zunahm, wenn auch auf insgesamt steigendem Niveau. Es ist auch klar, daß regionale und landschaftliche Unterschiede *in politicis*, in der Sprache, in den Nahrungsgewohnheiten, in den demographischen Trends weiterbestanden. Regionales historisches Bewußtsein scheint seit Ende des 19. Jahrhunderts sogar neu belebt worden zu sein, wenn man die Begründung regionaler Historischer Kommissionen und die Betonung von heimatlich-landschaftlichen Traditionen in der Zeitschriftenliteratur als Indizien nennt. Heinz Gollwitzer hat darauf hingewiesen. Hier ist noch viel zu erforschen.

Aber in anderen Hinsichten wurden ausgeprägte regionale und lokale Fragmentierungen etwas aufgeschüttet, traten die regionalistischen und lokalistischen Dimensionen des Lebens zugunsten der reichsweiten, der nationalen Dimensionen ein Stück weit zurück. Darauf verweist vor allem die zunehmend reichsweite Organisation von Parteien und Verbänden. Auch die nationalen Agitationsverbände mobilisierten reichsweit, sie

übersprangen die Stadt-Land-Begrenzung und umfaßten verschiedene Berufe, wenn auch nicht alle Klassen gleichmäßig und zudem ausschließlich Männer. Diese Nationalisierung der Politik signalisiert überlokale, regionübergreifende Erfahrungs- und Interessenlagen, die durch eben diese Politik nicht nur manifest gemacht, sondern auch verstärkt wurden. Sprachgeschichtliche Befunde weisen in dieselbe Richtung. Sprachhistoriker glauben nicht nur, eine allmähliche Erweiterung der sozialen Trägerschichten der Literatursprache festzustellen, sondern auch die Integration von lokal eng begrenzten Mundarten in weiträumiger verstandene Umgangssprachen, die allerdings weiterhin regional differierten und mundartlich eingefärbt blieben. Fachsprachen verschiedener Art drangen vor — und wenn, dann überregional. Normierungsversuche von oben kamen hinzu. Der erste Duden erschien 1872. 1885 gründete man den »Allgemeinen Deutschen Sprachverein«. Sicher gibt es andere Indizien und Belege für die partielle Entregionalisierung und insofern Nationalisierung des Lebens im Kaiserreich.

Mobilisierung und Entregionalisierung gingen also Hand in Hand, beförderten sich gegenseitig und resultierten überdies aus denselben Antrieben: einerseits aus den Einwirkungen eines an Bedeutung für das Leben der einzelnen Bürger wachsenden Staates, wozu oben das Nötigste angedeutet wurde; andererseits aus der Durchstrukturierung überregionaler Arbeitsmärkte im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung, aus den Wanderungsströmen — seit 1870 zunehmend als Fernwanderung —, aus der Urbanisierung und dem rasanten Ausbau des Verkehrs- und Nachrichtenwesens. Dies ist nicht der Ort, Zahlen vorzutragen über Eisenbahnpassagiere, Briefe, Telegramme und Ferngespräche pro Jahr, über die Zunahme von Urlaubsreisen und Kuraufenthalten im Wilhelminischen Reich, über die sprunghafte Zunahme der mit der Post vertriebenen, also vermutlich überlokal gelesenen Zeitungs- und Zeitschriftenexemplare. Auch erspare ich mir die an sich möglichen Informationen über Wanderungsfrequenzen und Distanzen, über Karrierewanderungen in den überlokal sich etablierenden Großunternehmen und über die geographische Ausweitung von Heiratskreisen. Es soll nur betont werden, daß viele dieser Prozesse ihren größten Umfang und ihre höchste Geschwindigkeit im Wilhelminischen Reich und im Ersten Weltkrieg erreichten, sich danach aber wieder leicht verlangsamten — so die Wanderungen, die Verstädterung, das Wachstum der großen Unternehmen, der Ausbau des Eisenbahnwesens (natürlich nicht des Kraftwagenverkehrs). In vielen Hinsichten veränderte sich die Wilhelminische Gesellschaft schneller als die der Weimarer Republik und die des Dritten Reichs; und die hier nur angedeuteten

beschleunigten Veränderungen — Wanderungen, Verkehrs- und Nachrichtenrevolution etc. — waren, zusammen mit den interventionsstaatlichen Eingriffen, dafür verantwortlich, daß herkömmliche, kleinräumige Bindungen der Menschen gelockert oder sie aus diesen herausgelöst wurden, daß sie überlokal und überregional miteinander zu tun bekamen, daß sie bereit gemacht und freigesetzt wurden für neue Identifikationen überlokaler, überregionaler, nicht-traditionaler Art, also etwa für nationale Identifikationen, und zwar bis tief hinein in die untere Mittelschicht und in die Unterschicht.

IV

Sozialer Ausgleich und soziale Konflikte im Nationalstaat

Bedeutete das alles auch politische Integration in der dritten der genannten Bedeutungen, im Sinn von Konsensstiftung?

Man wird in Rechnung stellen müssen, daß die Industrialisierung und der sich mit ihr durchsetzende Kapitalismus sowie die damit verbundenen Erneuerungen, Verschiebungen und Zerstörungen die sozialen Spannungen und Konflikte bedeutend anschwellen ließen. Die Ungleichheit der Einkommen, Vermögen und Lebenschancen nahmen mindestens bis 1900 zu, wenn auch auf insgesamt steigendem Niveau. Der Gegensatz zwischen gewerblicher Arbeiterschaft und Unternehmern, zwischen proletarischer Bewegung und bürgerlicher Gesellschaft bezeichnete nur eine der vielen Fronten, die die Gesellschaft des Kaiserreichs durchfurchten, wenn auch sicher die wichtigste. Die Infragestellung älterer Lebensformen führte zu sozialen Abstiegsprozessen und Abwehrversuchen, die Zerstörung älterer Bindungen zu unbefriedigtem Orientierungsbedarf und Angst. Konnte der Nationalstaat Solidarität und Zustimmung stiften, die diesen sozialen Spannungen und Konflikten entgegenwirkten?

Sicherlich gingen vom deutschen Nationalstaat solche Wirkungen aus. Die allmähliche Einbindung der katholischen Minderheit wäre ein Beispiel. Es besteht auch kein Zweifel, daß die Leistungen der staatlichen Sozialversicherung zur Besserung der Lage vieler Arbeiter beitrugen; und es ist hochwahrscheinlich, daß sie mithalfen, die Legimitätsbasis des Reiches in der arbeitenden Bevölkerung zu erhöhen. Wie der fast voll durchgesetzte Volksschulunterricht auf die vielen wirkte, ist schwer zu erschließen: sicher verschiedenartig und oft nicht sehr tief, aber es ist auch nicht auszuschließen, daß er eine gewisse und unbewußte Nationalisie-

rung der ländlichen und städtischen Unterschichten beförderte, wie Guenther Roth meinte. Die drei-, später zweijährige Dienstzeit, mit der etwas mehr als 50 % aller jungen Männer Bekanntschaft machten, funktionierte wohl kaum als »Schule der Nation«, als Erziehung zur Vaterlandsliebe und zum Anti-Sozialismus. Die von ihr ausgehenden Disziplinierungsaspekte sind gleichwohl schwer abzuschätzen; sicherlich bedeutete der Militärdienst für die jungen Männer nicht nur eine abstoßende, sondern auch eine neuartige Erfahrung und Blickerweiterung, an die man später nicht ungern zurückdachte.

Auch was die Inszenierungen des Nationalstaats angeht, die Denkmalsenthüllungen und Sängereisen, die Sedansfeiern und Kaiser-Geburtstage, so ist ihre Wirkung schwer abschätzbar. Man kann mit George Mosse die Popularisierung und Quasi-Demokratisierung der politischen Rituale betonen. Man kann auch mit Theodor Schieder die Unsicherheit der damaligen Reichssymbolik herausarbeiten: die offizielle Zurückhaltung und das Schwanken in der Flaggenfrage, das Fehlen einer offiziellen Nationalhymne, die großen Stilschwankungen in der Architektur der Nationaldenkmäler, den Streit um die Sedansfeier, diese Bielefelder (Bodelschwinghsche) Erfindung. Immerhin setzte sich das Deutschland-Lied seit den 90er Jahren durch. Auch in sozialdemokratischen Wohnungen konnte man Bilder des Kaisers, Moltkes und Bismarcks neben Portraits von Bebel, Liebknecht und Lassalle sehen, Heiligenbilder übrigens auch; und wenn die im Kyffhäuserbund zusammengeschlossenen Kriegervereine 1913 fast drei Millionen Mitglieder zählten, dann dürften neben vielen Kleinbürgern und Bauern auch manche Arbeiter dazugehört haben. Sozialdemokraten und Mitglieder der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften sollen unter ihrem oft behördlich erzwungenen Ausschluß gelitten haben.

Man wird die genaue Bedeutung dieser staatlichen Veranstaltungen für die politische Integration der Deutschen nie wirklich genau bestimmen können, schon deshalb nicht, weil sie von den zum Teil viel wichtigeren Auswirkungen nicht-staatlicher Veränderungen, der Arbeits-, Verdienst- und Lebensverhältnisse, des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts, der Urbanisierung und der Wanderungen nicht isoliert werden können. Zweifellos gewann dieses Deutsche Reich — durch Indoktrination und Leistung auf der Grundlage des langsam steigenden Lebensstandards — an Zustimmung auch in der gewerblichen Arbeiterschaft dazu, sonst wäre deren Haltung beim Kriegsausbruch 1914 ebensowenig zu verstehen wie der bemerkenswerte Zusammenhalt des Staates in der Zerreißprobe von Weltkrieg und Revolution.

Doch das war nur die eine Seite. Auf der anderen Seite bestand, je länger, desto klarer, ein merkwürdiges Verhältnis der wechselseitigen Verstärkung zwischen sozialen Konflikten und nationalstaatlicher Ideologie beziehungsweise Nationalismus. Nationalismus war niemals innenpolitisch neutral. In seinen Frühphasen – den Phasen der Bewegung – verband er sich stärker mit den Kräften des Wandels, der Emanzipation, der Herausforderung, des angreifenden Liberalismus und der Demokratie. Im späten 19. Jahrhundert dagegen – im etablierten Nationalstaat – verband er sich häufiger mit den Kräften der Abwehr und Herrschaftssicherung. Diese Umakzentuierung des Nationalprinzips von der linken zu einer rechten Ideologie läßt sich wohl auch in anderen Ländern beobachten. Doch in Deutschland geschah sie auf besonders ausgeprägte Art und Weise, dank der Tatsache, daß die deutsche Nationalbewegung in ihrer Wendung gegen Frankreich früh anti-westliche, anti-konstitutionelle, anti-demokratische Elemente in sich aufgenommen hatte; dank der Tatsache, daß sie sich nicht auf der Basis eines verfaßten Nationalstaats entwickeln und somit die freiheitliche Staatsnation nicht so ins Zentrum ihrer Argumentation rücken konnte, wie die Schweiz, wie Frankreich oder USA; dank der Tatsache, daß die Nationalstaatsbildung zuletzt unter obrigkeitlicher Regie und gegen linksliberale Demokraten und Sozialdemokraten zustande gekommen war; auch dank der tiefgreifenden Konflikte und Brüche im Herrschaftssystem des Kaiserreichs, die den Gebrauch des Nationalismus als Mittel der manipulativen Integration auf Kosten von »Reichsfeinden« besonders nahe legten. Natürlich gab es auch im späten Kaiserreich Ausnahmen: Man denke an Friedrich Naumann, der sich für die Machtentfaltung des deutschen Nationalstaats und zugleich für demokratisch-soziale Reformen einsetzte. Aber insgesamt und in der Regel wurden Nationalstaatsideal und Nationalismus zu Kampfinstrumenten gegen die Linke schon unter Bismarck und erst recht im Wilhelminischen Reich. Der aufschäumende Nationalismus der Agitationsverbände zielte nicht nur auf deutsche Weltmachtgeltung nach außen, sondern eben auch auf Ablehnung der Linken im Innern. Immer deutlicher gewann der Begriff »national« anti-sozialistische, anti-demokratische, ja anti-liberale Bedeutungsebenen hinzu. Seine ehemals stärkere Integrationskraft ließ nach. Er wurde zu einem Instrument der Trennung.

Viele Beispiele und Belege könnte man nennen; ich beschränke mich auf zwei Illustrationen: Die Sozialdemokratie, mit Unterstützung ihrer Basis, feierte den Sedanstag nicht mit. Lieber feierte sie den 18. März zur Erinnerung an die revolutionären Kämpfe in Berlin 1848 und an die Erhebung der Pariser Commune 1871, später den 1. Mai. Und in den 80er

Jahren spätestens verloren die für die nationale Bewegung so wichtigen Sänger- und Turnervereine die meisten ihrer proletarischen Mitglieder, eine proletarische Turn- und Gesangsbewegung entstand als Teil einer relativ separaten Arbeiterbewegungskultur. Der Nationalismus verschärfte und fundamentalisierte den Klassenkonflikt, den gewisse Ergebnisse der Industrialisierung und andere Leistungen des Nationalstaats zu mildern tendierten. Umgekehrt speisten soziale Spannungen den immer radikaleren Nationalismus im Wilhelminischen Reich. Dies ist ein vielschichtiges Problem. Ich meine zum Beispiel den aggressiven integralen Nationalismus als Mittel der moralischen Selbstbestätigung in Frage gestellter Mittelschichten; den extremen Nationalismus des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes als Antwort auf drohende Deklassierung und als Mittel der Absetzung von einem fälschlich als anti-national ausgegebenen Proletariat. Der zum Chauvinismus sich steigernde Nationalismus des Kaiserreiches und der Zwischenkriegszeit läßt sich nur erklären, wenn man sich soziale Konflikte und soziale Desintegration als seine Treibsätze vor Augen hält — so komplex und schwer durchschaubar die Mechanismen im einzelnen auch waren.

Schließlich zum letzten der vier Komplexe, die Anfang der 1870er Jahre der Vollendung des Nationalstaats entgegenstanden, zur mangelnden Deckung von Sprach- beziehungsweise Kulturnation und Nationalstaat: Auch dieses Problem wurde durch machtvolle Selbstentfaltung des Nationalstaats nicht gemildert, sondern verschärfte. Man denke an Westpreußen, die Provinz Posen und Oberschlesien. Der Kampf der Nationalitäten wurde härter; es wurde immer schwerer, sich darin neutral zu verhalten und, etwa in Oberschlesien, jener Zwischenschicht anzugehören, die zweisprachig war und sich weder als deutsch noch als polnisch definierte. Die Mobilisierung, Selbstabgrenzung und Feindschaft der polnischen Minderheit waren die notwendige Folge des Übergangs vom in gewisser Weise vor-nationalen preußischen Staatsgedanken zur deutsch-nationalen Reichspolitik. Von Konsensbildung kann man nicht sprechen. Auf diesem Gebiet führten nationalstaatliche Integrationsversuche nur zu ihrem Gegenteil, jedenfalls im Osten und im Norden.

Wenn die Existenz von Millionen Deutschen außerhalb des deutschen Nationalstaats in letzter Konsequenz im Widerspruch zu dessen Grundprinzipien stand, so wurde dies für die offizielle Politik des Reiches bis 1914 noch kaum zum Problem. Die stark expansiven Elemente in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik des Reiches in der Epoche des Imperialismus waren zum geringsten Teil volkstumpolitisch-volksnational motiviert. Diese Zurückhaltung erklärt sich nicht nur aus der Rücksicht

auf den österreichischen Bündnispartner, den eine großdeutsch-nationalistische Zielrichtung vor allem getroffen hätte. Sie erklärt sich auch aus der preußisch-norddeutsch-protestantischen Prägung dieses Reiches und aus der eher monarchisch-nationalen Staatsorientierung seiner führenden Beamtenpolitiker. Völkisch-großdeutsche Motive begannen ihre expansive und unter den gegebenen Umständen destabilisierende Wirkung unterhalb der Regierungsebene zu entfalten, auch in Form rechter Opposition gegen die als zu moderat kritisierte Regierungspolitik, so etwa bei den im Grunde oppositionell eingestellten Alldeutschen sowohl im Reich wie in Wien um Schönerer. Chamberlains Satz vom »Pangermanischen Weltreich deutscher Nation« fiel hier auf fruchtbaren Boden. Großdeutsche Gedanken spielten in der imperialistischen Rhetorik der Zeit eine unübersehbare Rolle. Unter den gegebenen Bedingungen — nämlich: Inkongruenz zwischen Nationalstaat und Sprach- beziehungsweise Kulturnation, ein stark auf gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte statt auf Staat und Verfassung aufruhender Nationalgedanke — erwies sich das Nationalstaatsprinzip als expansiv, über den *Status quo* hinausdrängend, als aggressiv. Am Übergang vom moderaten Allgemeinen Deutschen Schulverein von 1881 zum Verein für das Deutschtum im Ausland mit seinen nationalistisch-volkstumpolitischen Zielen läßt sich diese Dynamik eines sich unter diesen Bedingungen fast notwendig radikalisierenden Nationalstaatsgedankens zeigen, eine Dynamik, die nicht nur den inneren Frieden gefährdete, sondern auch auf Verschärfung der Außenkonflikte drängte.

V

Die Zuspitzung im Ersten Weltkrieg

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte die politische Integration der Deutschen im Reich große Fortschritte gemacht. Dies galt zum einen für den Prozeß der inneren Staatsbildung: Mehr als je zuvor hatte Nation nun eine staatliche Dimension; eben dies rückte die Geschichte der Reichsdeutschen von der Geschichte der Deutsch-Österreicher, Deutsch-Schweizer und Volksdeutschen ab. An der Auseinanderentwicklung von reichsdeutscher und deutsch-österreichischer Arbeiterbewegung, die um 1870 gemeinsam entstanden waren, läßt sich das exemplarisch verdeutlichen. Fortgeschritten war auch die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten und ihre Einbeziehung in die Nation. Auch gewisse Entregio-

nalierungs- und Entlokalisierungsprozesse hatten stattgefunden, wenn auch begrenzt. Um 1914 besaß der Begriff »Nation« mehr realen Gehalt als 1870. Was Integration als Konfliktlösung und Konsensbildung angeht, war die Bilanz jedoch zwiespältig: einerseits Legitimationszuwächse des Nationalstaats, Ansätze zur ausgleichenden Solidarität; andererseits und vor allem konflikttreibende Wirkungen des Nationalgedankens in Form des unter den gegebenen Bedingungen notwendig aus ihm hervorgehenden Nationalismus.

Der Weltkrieg beschleunigte die genannten Tendenzen und trieb sie — in kriegsspezifischen Verzerrungen — auf einen letzten Höhepunkt. Doch sein Ausgang veränderte die Rahmenbedingungen.

Im Krieg machte der Ausbau des Interventionsstaates rasante Fortschritte; die Zentralisierung auf Reichsebene ging schnell weiter; der Staat übernahm Aufgaben, mit denen er sich übernahm; die Kritik an ihm nahm von allen Seiten zu — eine wichtige Bedingung der Revolution. Die Mobilisierung der Bevölkerung schritt voran, wenn auch zunächst, unter zunehmend durchlöchernten Burgfriedensbedingungen, ohne die früheren Manifestationsmöglichkeiten. Insbesondere Frauen und Jugendliche gerieten nun verstärkt in diesen Mobilisierungssog. Mindestens im Falle der Jugendlichen wurde das auch in den 20er und 30er Jahren nicht rückgängig gemacht. Die Zentralisierung des politischen Lebens, die gemeinsame Erfahrung der Nation im Krieg und die außerordentliche Fluktuation der Kriegsjahre ließen die Entregionalisierung weiter voranschreiten.

Noch einmal versuchte sich das Nationalstaatsprinzip in seiner ausgleichenden, nach innen pazifizierenden Funktion. »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.« Im Dienst an der gemeinsamen nationalen Kraftanstrengung in einem als gerecht empfundenen Krieg wurden die inneren Konflikte zunächst stillgelegt. Im Zuge der kriegsbezogenen nationalen Einigkeit baute man Brücken über die Klassenlinie hinweg, oft unter behördlicher und militärischer Regie. Erst jetzt gelang die staatliche »Anerkennung«, die politische Integration der dazu nur allzu bereiten Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Grundlagen der Weimarer Sozialpolitik wurden im Weltkrieg gelegt.

Doch die Fortschritte politischer Integration im kämpfenden Nationalstaat stießen bald auf deutlich empfundene Grenzen: Fest eingegrabene innen- und außenpolitische Interessenpositionen verhinderten tiefergreifende Reformen, zum Beispiel in der Frage des preußischen Wahlrechts oder der Parlamentarisierung. Die durch das Burgfriedens-Versprechen mit seinen egalisierenden Implikationen hochgeschraubten Erwartungen

sahen sich enttäuscht. In der »belagerten Festung« Deutschland setzten Verarmungsvorgänge ein, die sich der staatlichen Gegensteuerung entzogen und Ungleichheit verschärften. Der Krieg dauerte an, und insbesondere, wenn die Erfolge ausblieben, wuchs unter dem Eindruck der immensen, ebenfalls ungleich verteilten Opfer der Zweifel am Sinn seiner Fortsetzung. Die Debatte über die Kriegsziele spaltete die Nation seit 1917.

Die polarisierenden und illiberalen Wirkungen des Nationalismus traten damit wieder schärfer hervor. Die nationalistische »Vaterlandspartei« vom Sommer 1917 agitierte eben nicht nur für einen »Siegfrieden«, für Annexionen und deutsche Weltgeltung, sondern zugleich gegen die Forderungen der Linken, gegen Parlamentarisierung, Demokratisierung und gewerkschaftlichen Einfluß. Die nationale Frage verband sich immer mehr mit der Diskriminierung von Minderheiten, so im auffällig anschwellenden Antisemitismus des letzten Kriegsjahres.

In der außerordentlichen Zerreißprobe des langen Krieges zeigte sich zwar, welchen Fortschritt die politische Integration der Deutschen in den letzten Jahrzehnten gemacht hatte; selbst in Revolution und Niederlage stand die Einheit des Reiches als solche kaum ernsthaft zur Debatte; der Zusammenhalt des Reiches bedurfte nicht mehr »der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit«, wie Bismarck noch in *Gedanken und Erinnerungen* gemeint hatte. Das Reich hielt zusammen, allerdings auch deshalb, weil anders als nach 1945 die Mehrheit der Sieger an einer deutschen Teilung nicht interessiert war und ein inter-alliiertes Grundsatzkonflikt mit seinen zentrifugalen Folgen ausblieb. Doch andererseits führte der Druck des Krieges zu neuen Polarisierungen und politischer Desintegration in der deutschen Gesellschaft. Der Nationalismus verlor erneut seine kurzfristig revitalisierte, nach innen integrierende, versöhnende Kraft. In der Revolution trat dies deutlich zutage.

VI

Ausblick auf Weimar und Drittes Reich

Viele der im Kaiserreich beobachteten Prozesse setzten sich in der Weimarer Republik fort: die Zunahme staatlicher Funktionen und Ämter auf Reichsebene; die Schwächung des Regionalismus durch den weiteren Ausbau des Verkehrs- und Nachrichtennetzes sowie durch die Entwicklung neuer Formen der Volks- oder Massenkultur. Der Übergang zum Verhältniswahlrecht erleichterte die weitere »Entregionalisierung« der

Parteien; gleichmäßiger als im Kaiserreich verteilten sie nunmehr ihre Kandidaten aufs ganze Reich. Die politischen Teilnahmerechte wurden ausgeweitet; sie waren nun nicht mehr auf den männlichen Teil der Bevölkerung beschränkt; die politische Mobilisierung der breiten Bevölkerung ging nur zeitweise zurück und erreichte in der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatskrise um 1930 neue, fiebrige Höhepunkte. — Aber einiges hatte sich gegenüber dem Kaiserreich fundamental verändert:

1. Nie zuvor war der Widerspruch zwischen hochgetriebenen nationalen Erwartungen und ihrer demütigenden Enttäuschung so ausgeprägt gewesen wie jetzt nach dieser nicht akzeptierten Niederlage. Eine weitere Radikalisierung des Nationalismus war die Folge. Er kristallisierte sich um den Kampf gegen die leidenschaftlich abgelehnte Festschreibung der Niederlage, den als nationale Demütigung empfundenen Versailler Vertrag und gegen die, die ihn zähneknirschend unterzeichnet hatten, um Schlimmeres zu verhüten. Der Kampf gegen das »Diktat von Versailles« verknüpfte den radikalisierten Nationalismus und den aufsteigenden Nationalsozialismus am augenfälligsten.

2. Durch die erzwungenen Abtretungen verlor das Reich größtenteils seine nicht-deutschen Minoritäten. Doch was dies an gesteigerter politischer Integrationskraft hätte erbringen können, wurde bei weitem wettgemacht durch ein weiteres Problem:

3. Es gab das neu entstandene oder doch ungemein verschärfte Problem der Volksdeutschen. Nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie und nach der Errichtung der Nationalstaaten in Ost-Mitteleuropa stellte sich die Inkongruenz von deutschem Nationalstaat und deutscher Sprachbeziehungsweise Kulturnation als viel größere Herausforderung dar als je im Kaiserreich. Aus ihrem staatlichen Verband entlassen, schlug im Bewußtsein der Deutschen in Österreich, wie der in Böhmen und Mähren, die Zugehörigkeit zur vorstaatlich verstandenen deutschen Nation noch einmal voll durch; auch den Deutschen im Reich schien der »Anschluß« natürlich. Nur außenpolitische Zwänge verhinderten ihn. Irridentprobleme entstanden, das deutsch-nationale Bewußtsein der »Deutsch-Österreicher«, der »Sudetendeutschen«, der Deutschen Ost-Mitteleuropas schwoll an, und die »östliche Zerstreuung« (W. Conze) wurde auch den Deutschen des Reiches stärker bewußt als vor 1914. Dies verstärkte den Nationalismus im Reich, der sich unter solchen Bedingungen mit Notwendigkeit völkisch orientierte, das heißt: sich vom westlichen Begriff der Nation noch stärker absetzte und auf der Vorstellung eines deutschen Volkes aufruhte, das über die bestehenden Grenzen zwischen den Staaten hinweg existierte und diese in Frage stellte. Viel deutlicher als vor 1914

stand damit der deutsche Nationalismus gegen die Grenzziehungen der europäischen Landkarte.

4. Aus Krieg und Revolution war eine parlamentarisch-demokratische Republik hervorgegangen, von Sozialdemokraten, bürgerlichen Demokraten und Liberalen, teilweise vom Zentrum, getragen. Diese Verbindung der den Nationalstolz verletzenden Niederlage mit der Demokratisierung verschärfte den vom Kaiserreich her ohnehin angelegten Konflikt zwischen Nationalismus und demokratischer Idee nebst ihren Befürwortern. Anders als im Kaiserreich, aber formal ähnlich wie vor 1866/71, stand der Nationalismus nun eindeutig gegen das existierende System, gegen Verfassung und Staat. Damit entfiel eine wichtige Einbindung des Nationalismus, die im Kaiserreich seiner auch damals nicht ganz fehlenden radikal-populistisch-völkischen Wendung hemmend im Weg gestanden hatte. Entsprechend veränderte sich jetzt die nationale Rechte in ihrer Stoßrichtung, ihrer Radikalität und ihrer sozialen Zusammensetzung.

Die nationale Rechte gestand der parlamentarisch-demokratischen Republik nicht zu, Fortsetzerin der Nationalgeschichte zu sein. Die nationalistischen Visionen (jedenfalls in ihren vorwiegenden Varianten) richteten sich nicht nur gegen den *status quo* der internationalen Beziehungen, sondern auch gegen den existierenden Staat und seine Verfassung. Zur politischen Integration der Deutschen trug der Nationalismus damit nicht mehr das geringste bei, ganz im Gegenteil: Er zersetzte den Konsens, der sich aus anderen Quellen speiste.

Erst als mit Hitlers Machtübernahme die nationalistische Revision des internationalen wie des verfassungspolitischen *Status quo* zur offiziellen Politik des Staates wurde — und zwar, anders als vor 1866, in rücksichtsloser, die Folgen nicht achtender, explosiver Weise und im Sieg über Demokratie, Rechtsstaat und Republik —, entwickelten Nationalstaat und Nationalismus erneut so etwas wie eine späte integrative und mobilisierende Kraft, wenn auch in engen Grenzen und mit riesigen Opfern. Ich meine Leistungen der Ressourcenmobilisierung im Namen nationaler Ziele, Schwächungen überkommener sozialer Barrieren und Autoritäten als Teil einer nicht ausschließlich ideologischen Volksgemeinschaftspolitik, die fortschreitende Entprovinzialisierung des Lebens und die Einbeziehung bis dahin kaum in nationale Kommunikationszusammenhänge einbezogener Gruppen, vor allem auf dem Lande. Die *Grenzen* dieses Prozesses nationaler Integration macht die neuere sozialgeschichtliche Forschung allerdings immer klarer: In breiten Bevölkerungsschichten hielt sich die nationale Begeisterung sehr in Grenzen. Dauermobilisierung gelang dem Regime keineswegs. Der Politisierungsgrad der frühen 30er

Jahre wurde nicht gehalten; Depolitisierung setzte ein, als Reaktion gegen die Zumutungen des Systems und zugleich mit der Folge seiner Stabilisierung. Der Rückzug ins Private, die individuelle Leistungsanstrengung im isolierten Bereich der eigenen Zuständigkeit, Freizeitbetrieb und bescheidener Konsum, individuelles Sich-Durchlavieren — bei grundsätzlicher Akzeptierung oder doch Tolerierung des neuen Systems — kennzeichneten die Stimmung in der breiten Bevölkerung viel mehr als politisierte Identifikation mit Volk und Führer, allerdings auch sehr viel mehr als Resistenz oder gar Widerstand. Die *Opfer* der nationalsozialistischen Volksgemeinschafts- und Expansionspolitik prägen zu Recht unser Bild von jener Zeit mehr als alles andere: im Innern die Unterdrückung und Verfolgung, Vernichtung und »Ausmerzungen« eines Teils der Nation, der politischen Gegner, der Juden und »volksfremden« Minoritäten überhaupt; nach außen (und schließlich nach innen zurückschlagend) die vielen Millionen Toten, die massivsten Verwüstungen und grenzenlosen Beschädigungen als Folgen der Aggression.

Seit den 1870er Jahren entfaltete das nationale Prinzip, in fließendem Übergang zum Nationalismus gesteigert, nicht nur integrierende, sondern immer auch polarisierende, ausgrenzende und desintegrierende Kraft: zwei Seiten einer Medaille. Je später, desto mächtiger setzte sich die zweite, die destruktive Seite durch und verzerrte, was von der ersten noch überlebte. Was blieb, war ein Trümmerhaufen. Diese nationale Tradition bietet wenig Anknüpfungspunkte — leider.

Auswahlbibliographie

Als Ausgangspunkt nenne ich: James J. Sheehan, *What is German History? Reflections on the Role of the Nation in German History and Historiography*, in: *Journal of Modern History*, Bd. 53 (1981), S. 1–23, als Gesamtdarstellung; Werner Conze, *Die Deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte*, 2. Aufl., Göttingen 1965, S. 62–145. Anregend zum Gesamtzeitraum ist: George L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen*, Frankfurt 1976. Zur regionalen Komponente siehe: Heinz Gollwitzer, *Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte*, Bd. 27 (1964) (= Festschrift für Karl Alexander Müller), S. 523–552. Zur langfristigen Funktionsveränderung des Nationalismus siehe am besten: Heinrich August Winkler, *Der Nationalismus und seine Funktionen*, in: Ders. (Hrsg.), *Nationalismus*, Königstein/Ts. 1978, S. 5–48 (hierin auch wichtige weitere Aufsätze zum internationalen Vergleich); vgl. auch: Hans Mommsen, *Arbeiterbewegung und Nationale Frage*, Göttingen 1979, hier S. 15–60; *Der Nationalismus als weltgeschichtlicher Faktor*. Grundsätzliche Bedeutung hat: Karl W. Deutsch, *Nationenbildung — Nationalstaat — Integration*, Düsseldorf 1972, und ders., *Der Nationalismus und seine Alternativen*, München 1972. Als wichtige Darstellung zur nationalen Integration

der Arbeiter steht zur Verfügung: Gerhard A. Ritter, *Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik*, Berlin-Bonn 1980. Zu deutschen Besonderheiten vgl. Karl Dietrich Bracher, *Über das Verhältnis von Nationalbewußtsein und Demokratie*, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg*, Berlin 1970, S. 166–184. Als Versuch grundsätzlicher Einordnung siehe: Jürgen Kocka, *Nation und Gesellschaft. Historische Überlegungen zur »deutschen« Frage*, in: *Politik und Kultur*, 8. Jg. (1981), S. 3–25.

Grundlegend ist auch: Theodor Schieder, *Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, Köln-Opladen 1961, und weiterhin Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, 5. Aufl., Göttingen 1983. Viele Anregungen bieten: Michael Stürmer, *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918*, Berlin 1983; Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973; Hans-Jürgen Puhle, *Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890–1914*, in: Michael Stürmer (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918*, Düsseldorf 1970, S. 340–377; Hans-Ulrich Wehler, *Zur Funktion und Struktur der nationalen Kampfverbände im Kaiserreich*, in: Werner Conze u. a. (Hrsg.), *Modernisierung und nationale Gesellschaft im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert*, Berlin 1979, S. 113–124; Wolfgang Zorn, *Sozialgeschichtliche Probleme der nationalen Bewegung in Deutschland*, in: Theodor Schieder (Hrsg.), *Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen*, München-Wien 1971, S. 97–115; Knut Borchardt, *Regionale Wachstumsdifferenzierung in Deutschland im 19. Jahrhundert . . .*, in: Ders., *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik*, Göttingen 1982, S. 42–59; Werner K. Blessing, *Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1982; *Auswirkungen der industriellen Revolution auf die deutsche Sprachentwicklung im 19. Jahrhundert*, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Schildt, Berlin [Ost] 1981; Gerhard A. Ritter, *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich*, München 1983.

Siehe ferner noch: Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, 2. Aufl., Göttingen 1978; Gerhard A. Ritter, *Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus*, Göttingen 1976, S. 116–157; *Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920*; M. Rainer Lepsius, *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart 1966; Karl-Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln 1969; Helmut Theisen, *Die Entwicklung zum nihilistischen Nationalismus in Deutschland 1918–1933*, München 1955; Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, Stuttgart 1969; Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1980; Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982.